

Unaufhörliches Ringen: Karl Marx untersuchte 1865, wodurch der Preis der Ware Arbeitskraft bestimmt wird. Klassiker
Seite 3

Demokratie ohne Linke: Wie die FAZ die »Gewissensentscheidung« der »phantastischen Vier« in Hessen jubelt. Schwarzer Kanal
Seite 3

Sonne, Mond und Sterne: Peter Steinger zu Besuch beim brasilianischen Orden von Vale do Amanhecer. Reportage
Seiten 4/5

Über alles Bescheid wissen? Die Arbeit der Stasi untersucht eine eigene Behörde, über die NATO-Geheimheit Gladio wird nur spekuliert
Seite 7

Die Tageszeitung
junge Welt



Vietnam ist ein wichtiges Zentrum der Textilindustrie. Foto: Herstellung von Sportkleidung für den US-amerikanischen und europäischen Markt in Hanoi

»Es geht um Schutz gegen Verelendung«

Gespräch ♦ Mit dem Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler. Über die soziale Situation, Arbeitskämpfe und die Rolle der Gewerkschaften in Vietnam

Welche Eindrücke haben Sie von Vietnam? Das Land hat sich in den vergangenen Jahren sehr stark entwickelt. Das Wirtschaftswachstum ist beeindruckend. Aber gerade in meinem Fachgebiet, den Arbeitsbeziehungen, gibt es viele Probleme.
An welche denken Sie?

Im Jahr 2007 gab es Streiks in 400 Unternehmen, im laufenden Jahr dürfte die Zahl noch sehr viel höher liegen. 70 Prozent aller Arbeitsniederlegungen finden in Unternehmen statt, die ausländischen Investoren gehören. In der Regel geht es um Lohnfragen, daneben um die Qualität des Essens und um autoritäres Verhalten von Vorgesetzten. Durch die Inflation von ca. 25 Prozent werden die ohnehin sehr bescheidenen Einkommen noch niedriger. Um überhaupt einigermaßen überleben zu können, muß man einen Ausgleich bekommen. Ich habe eigentlich niemanden getroffen, der unter

diesen Umständen die Streiks moralisch verurteilt hätte.

Wie ist die Rolle der Gewerkschaft bei diesen Konflikten?

Wir haben mit vielen Menschen gesprochen und niemand kannte einen Fall, bei dem die Gewerkschaft den Streik organisiert hätte. Vielleicht gibt es da und dort eine heimliche Unterstützung durch einzelne Funktionsträger, aber die erwähnt man nicht. Im Regelfall weiß der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Exekutivkomitees im Unternehmen nicht einmal, wie es genau zu den Streiks gekommen ist, wer die Idee hatte und die andern zum Mitmachen aufrief. Man kann vermuten, daß es Gruppen von Beschäftigten gibt, die aus demselben Ort oder derselben Gegend stammen, die sich gegenseitig vertrauen und unter denen es ein oder zwei Personen mit einer gewissen Autorität gibt. Das sind aber nur Vermutungen. Wir haben in Ho Chi Minh Stadt mit einer Forschergruppe gesprochen, die

insgesamt 18 Unternehmen untersuchte, in denen Streiks stattgefunden hatten: Niemand von den Befragten hatte etwas über »Streikanführer« erzählt. Das spricht für einen großen Zusammenhalt, den man so in europäischen Betrieben in der Regel nicht finden würde.

Was bedeutet das für die Gewerkschaft?

Das Exekutivkomitee ist zwar formal durch die Gewerkschaftsmitglieder gewählt, ohne daß es echte Auswahlmöglichkeiten geben würde. In den meisten Fällen hat es daher keine Unterstützung durch die Belegschaft. In der deutschen Umgangssprache nennt man dieses Phänomen »Häuptlinge ohne Indianer«. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man hört, daß häufig der Vorsitzende des Komitees, also der oberste Gewerkschafter im Betrieb, zugleich stellvertretende Direktor oder Personalleiter ist. Er ist in das Management eingebunden. Warum sollte er einen Streik gegen seine Freun-

de ausrufen? In der Regel verhandelt dann während einer Arbeitsniederlegung die lokale oder regionale Gewerkschaft mit dem Arbeitgeber, und die betrieblichen Vertreter stehen abseits. Da es auch keine offiziellen Streikführer gibt, mit denen man reden könnte, gestalten sich die Verhandlungen oft schwierig. Die vorläufigen Ergebnisse werden auf Spruchbänder gemalt – wenn dann die Arbeit wieder aufgenommen wird, ist es gut, wenn nicht, muß weiterverhandelt werden.

Die Gewerkschaften scheinen nicht erkannt zu haben, daß sie in der Marktwirtschaft eine andere Funktion haben als in traditionellen Staatsunternehmen: Dort mußte man für Harmonie und Ausgleich sorgen, jetzt geht es darum, die Beschäftigten gegen Verelendung und Ausbeutung zu schützen. Ich habe von einem Fall aus der Provinz erfahren, in dem die

Wolfgang Däubler ist emeritierter Professor für deutsches und europäisches Arbeitsrecht, bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen. Kürzlich besuchte er im Auftrag einer deutschen Stiftung Vietnam, um in dem südostasiatischen Land Seminare über Arbeitsbeziehungen abzuhalten. Dabei entstand dieses Interview eines vietnamesischen Journalisten mit dem renommierten Arbeitsrechtler

Fortsetzung auf Seite zwei O

O Fortsetzung von Seite eins

Streikenden eine Erhöhung des Grundlohns von 800 000 Dong (etwa 35 Euro) um 300 000 Dong (etwa 13 Euro) haben wollten. Die Provinzgewerkschaft griff ein und forderte die Streikenden auf, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Das taten diese daraufhin, und die Gewerkschaft setzte das im Arbeitsgesetzbuch vorgesehene Verfahren in Gang. Dieses führt über ein betriebliches Schlichtungsverfahren zu einem überbetrieblichen Schiedsverfahren; erst wenn auch dieses erfolglos bleibt, darf legal gestreikt werden. Gesamtdauer mindestens drei Wochen. Im Zeitpunkt unseres Gesprächs war die Gewerkschaft im Schiedsverfahren auf Kreisebene angelangt. Ausgang ungewiß. Ohne Gewerkschaft hätten die Beschäftigten vermutlich nach zwei oder drei weiteren Streiktagen ihr Ziel erreicht. Der taiwanische Eigentümer hatte sich jedenfalls ausdrücklich bei der Gewerkschaft für ihre Intervention bedankt, worauf diese durchaus stolz war.

Was sollte Ihrer Ansicht nach geändert werden?

Es wäre vernünftig, wenn man die gewerkschaftlichen Exekutivkomitees auf Unternehmensebene neu wählen würde. Die Beschäftigten müßten dabei die Möglichkeit haben, für diejenigen Personen zu stimmen, zu denen sie wirklich Vertrauen haben. Das können die »Streikführer«, aber auch andere sein. Die Gewählten könnten dann bei künftigen Konflikten mit dem Arbeitgeber verhandeln. Das Gesetz schützt sie ähnlich wie in Deutschland, weil eine Kündigung nur mit Zustimmung des Exekutivkomitees selbst möglich ist. Wird sie verweigert, kann sie nicht einmal durch ein Gericht ersetzt werden.

Gehen Sie davon aus, daß die Unternehmen mit solchen Veränderungen einverstanden wären?

Wenn sie klug sind, ja. Die bisherigen Abmachungen mit der Gewerkschaft sind nichts wert, weil die Belegschaften nicht wirklich beteiligt sind und deshalb jederzeit erneut streiken könnten. Wenn man mit den realen Sprechern einen Kompromiß ausgehandelt hat, wird dieser sehr viel beständiger und belastbarer sein.

Aber können diese denn überhaupt sachgerecht verhandeln?

Das ist eine Frage, die ich sehr oft gehört habe. Im Alltag haben Vietnamesen ein hohes Verhandlungsgeschick; als Tourist, der etwas einkaufen will, kann man da eine Menge Erfahrungen sammeln. Auch wenn es um den Kauf einer Eigentumswohnung geht, erweisen sich viele als gute Strategen. Nur bei Tarifverhandlungen scheint sie eine große Unsicherheit zu beschleichen, und die meisten hätten am liebsten genaue Vorschriften für jedes kleine Schritchen. Meine These, eine Eigentumswohnung zu kaufen, sei viel komplizierter als die Aushandlung einer Lohnerhöhung, stieß auf Verwunderung. Irgendwie fehlt die Erfahrung in solchen Situationen, man ist sich seiner Rolle noch nicht sicher. In dem Schiedsverfahren, das ich gerade erwähnt habe, ging es beispielsweise auch um die wirtschaftliche Situation des Unternehmens, von der die Kreisgewerkschafter kaum Ahnung

hatten. Ob denn der Buchhalter aufseiten der Streikenden stehe, wollte ich wissen. Ja, das stehe außer Zweifel, denn er sei auch nicht auf Rosen gebettet. Wie wäre es also, wenn man mit ihm mal ein Bier trinken würde, um sich ein bißchen mit Informationen zu versorgen? Niemand war auf die Idee gekommen, sie wurde dankbar akzeptiert. Oder ein anderes Beispiel. Der Unternehmer hatte aufgrund des Streiks ein besseres Mittagessen zugesagt, doch war nach einer Woche wieder alles beim Alten. Bei einem Kollegen hatte sich sogar ein Mäuseschwanz in der Suppe gefunden, was zu der Frage führte, wohin wohl der restliche Teil der Maus geraten war. Neuer Streik? Die Vorstellung, eine »Kantinenkommission« einzusetzen, die über den Speiseplan mitentscheidet oder zumindest Stichproben zur Qualität macht, war ebenfalls neu und wurde als durchaus realistische Möglichkeit angesehen.

Wird nicht die Inflation immer wieder dafür sorgen, daß es zu neuen Arbeitsniederlegungen kommt?

Gegen die Inflation kann man sich im Kollektivvertrag schützen. Man kann zum Beispiel vereinbaren, daß die Löhne nach oben angepaßt werden, wenn die Inflation fünf Prozent überschritten hat. Das geschieht dann automatisch. In Frankreich ist dies beim Mindestlohn sogar dann der Fall, wenn die Kaufkraft um zwei Prozent gesunken ist. Dies sollte man im übrigen auch mit dem Mindestlohn in Vietnam machen, der in viel zu großen Abständen angepaßt wird.

Werden Investoren durch einen solchen Schutz für Beschäftigte nicht abgeschreckt?

Vietnam bietet Investoren viele Vorteile. In den privaten Textilunternehmen liegen die Löhne bei ca. 40 Prozent der chinesischen. Da wäre es auch nicht abschreckend, wenn sie 60 oder 70 Prozent betragen würden. Ein Investor hat vor kurzem in einem Interview darauf verwiesen, man könne ja nach Nordkorea oder nach Myanmar gehen. Wahrscheinlich war er sich nicht bewußt, mit welchen zusätzlichen Schwierigkeiten er da konfrontiert wäre. Außerdem gibt es andere Vorteile: In Vietnam ist man sicher. Man kann abends durch die Altstadt von Hanoi gehen, ohne daß man angegriffen oder ausgeraubt wird. In vielen Ländern ist dies anders. Wer sich in Sao Paulo abends nach 20 Uhr in der Innenstadt aufhält, muß ein wenig lebensmüde sein. Die Chance, da unversehrt wieder rauszukommen, liegt bei höchstens 50 Prozent.

Viele Arbeitskräfte vom Land sind aber doch völlig unqualifiziert und noch gar nicht an das Arbeiten in der Industrie gewöhnt.

Das mag schon sein, aber ich habe immer Probleme, bestimmte Menschen oder Menschengruppen als »nicht qualifiziert« zu bezeichnen. Sie können vielleicht andere Dinge besser als Personen mit Hochschulabschluß und Auslands Erfahrung. Schon die Tatsache, daß sie nicht sagen, wer ihre Streikführer sind, ist Zeichen einer hohen sozialen Intelligenz. Und man sollte sich auch daran erinnern, wer die Last des Krieges zu tragen hatte. Da waren die Bauern bei allen Fragen des

Überlebens und des Kampfes sehr kreativ, ja sie mußten es sein. US-Wissenschaftler haben eingehend aufgearbeitet, wie die »unqualifizierten« Bauern in der Sowjetunion der zwanziger und dreißiger Jahre enorme wirtschaftliche Erfolge erzielt haben. Wenn der Einzelne weiß, daß seine Arbeit nützlich ist, für ihn wie für andere, dann wird er sich auch die notwendigen Kenntnisse aneignen. Dann wird er – wie man in Europa sagt – Berge versetzen. Aber für 800 000 Dong im Monat zu arbeiten, damit die Textilien in Europa oder in den USA billig verkauft werden können, das ist nichts, womit man sich identifizieren kann. Dafür haben die Menschen ein gutes Gespür.

Sind Investitionen aus dem Ausland generell ein Problem?

Auslandsinvestitionen sind durchaus eine vernünftige Sache. Man muß aber dafür sorgen, daß mit ihnen ein Stück Technologietransfer verbunden ist. Die vietnamesischen Beschäftigten müssen lernen können, wie man moderne Produkte herstellt und nicht nur die einfachsten Handgriffe am Ende der Produktionskette macht. In der Computerindustrie wurde dabei schon eine Menge erreicht; in anderen Branchen muß es genauso werden. Für den einzelnen Beschäftigten hat die Gewöhnung an industrielle Arbeitsformen dann einen nachvollziehbaren Sinn. Und man sollte gegenüber den ausländischen Firmen durchaus selbstbewußt auftreten: Hier darf es kein »oben« und »unten« mehr geben wie früher, sondern Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Vietnams sind so, daß man sich das leisten kann.

Selbst in Deutschland, wo sich Kapital und Arbeit im Rahmen der »Sozialpartnerschaft« jahrzehntelang vermeintlich auf gleicher Augenhöhe gegenübergetreten sind, wird dieses System derzeit massiv in Frage gestellt. Ist es vor diesem Hintergrund nicht illusionär, zu glauben, solche Beziehungen könnten in einem Land wie Vietnam etabliert werden?

Was Deutschland angeht, haben Sie sicher recht. Wenn ein Personalleiter oder ein Geschäftsführer mit dem Betriebsrat verhandelt, so ist die Gleichheit nur eine scheinbare. Die Arbeitgeberseite hat ihre Beraterstäbe und deshalb meist auch den besseren Informationsstand. Auch kann sie häufig auf die Zwänge des Marktes verweisen, denen das Unternehmen unterworfen sei. Wenn der vietnamesische Staat mit Investoren verhandelt, ist das anders: Es gibt – so weit ich sehe – kaum andere Standorte, die diesen so viele Vorteile bieten. Insoweit sind die »Zwänge des Marktes« derzeit auf Seiten Vietnams. Wenn die einzelnen Belegschaften oder ihre Sprecher mit der Unternehmensleitung verhandeln, ist die Situation natürlich ähnlich wie in Deutschland. Ich sage bewußt »ähnlich«, weil in Deutschland im Grunde nur das Argument zählt, das Informationen und Erfahrung voraussetzt, während in Vietnam der Streik eine immer im Hintergrund stehende Alternative ist.

Spielt Ihrer Wahrnehmung nach Karl Marx in Deutschland noch eine Rolle?

Ja, er wird zur Zeit wiederentdeckt. Die Fehler, die zum Untergang der DDR geführt haben, hat man ihm zunächst in die Schuhe geschoben, aber mittlerweile sieht man dies differenzierter. Die Beschworung von Marx in vielen öffentlichen Erklärungen war eine Art Nachgeplapper und nicht von einer wirklichen Überzeugung getragen. Was kann er für seine schlechten Schüler? An den Schulen und Universitäten hat man »ML« und »Wissenschaftlichen Sozialismus« gelehrt, was von fast allen wie eine lästige Pflichtübung empfunden wurde – vergleichbar dem Religionsunterricht in meiner westdeutschen Heimat. Ent-

sprechend wenig ist von dem Gelehrten hingengeblieben. Wenn man Marx liest, um die Gesellschaft besser zu verstehen, ist man auf dem richtigen Weg. Aber man sollte ihn auch nicht überfordern: Die aktuelle Finanzkrise konnte er nicht voraussagen.

Sollte es in Vietnam mehrere Parteien geben?

Theoretisch ist es durchaus denkbar, daß es mehrere sozialistische oder kommunistische Parteien gibt. Man kann ja über die Wege zu einer besseren Gesellschaft durchaus unterschiedlicher Meinung sein und hier könnten sich Gleichgesinnte zusammenschließen. Auch in den bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen Europas und den USA gibt es verschiedene Parteien, die an den Grundlagen, d. h. der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als solcher, nichts ändern wollen, die aber über einzelne Korrekturen unterschiedlicher Meinung sind. Je nach nationaler Tradition kann man die Auseinandersetzung über die verschiedenen Wege auch in eine einzelne Organisation hineinvlegen; dies kann der bessere Weg sein, um die Basis der eigenen Gesellschaft nicht zu erschüttern. Das Bürgertum hat in bestimmten Ländern eine Herrschaftserfahrung von dreihundert Jahren; da kann man sich eine Menge Pluralismus leisten, ohne daß die Grundlagen in Gefahr kommen. Die interne Auseinandersetzung innerhalb der Partei muß aber ehrlich und fair erfolgen; wer unterliegt, darf keine Nachteile erleiden. Auch kann man das, was in Vietnam richtig sein mag, nicht auf andere Länder übertragen.

Muß das Land eine Perspektive der Weiterentwicklung haben?

Ja, das ist von entscheidender Bedeutung. Man braucht einen »Fixstern«, an dem man sich orientiert. Man kann ihn nicht mit einer mathematischen Formel umschreiben, aber es muß klar sein; daß es allen besser gehen wird als heute. »Besser« heißt nicht nur, daß man mehr Güter zum Leben und eine größere Wohnung hat. Man muß auch Zeit haben, Dinge zu tun, die mehr sind als die Erfüllung von Pflichten am Arbeitsplatz und in der Familie. Der eine hat künstlerische Begabungen, der andere kümmert sich gerne um Kinder, der dritte erfreut sich an schönen Landschaften usw. Es wird einen »Sockel« an Aufgaben und Pflichten geben und darüber dann die freie Entfaltung der Persönlichkeit, von der schon das Kommunistische Manifest spricht. In China hat man dafür die Formel von der Harmonischen Gesellschaft entwickelt, die an buddhistische und konfuzianische Traditionen anknüpft. Das kann man im gleichen Sinne verstehen. Der Weg dorthin sei allerdings schwieriger als der Lange Marsch im Bürgerkrieg – hat Hu Jintao gesagt.

Was bringt eine schöne Perspektive, wenn man in der Gegenwart ums Überleben kämpft?

Die Zukunft kann in der Tat sehr weit entfernt sein – für manche so weit wie die christliche Himmel. Deshalb ist es Aufgabe der politischen Aktiven, die Verbindung zwischen den Maßnahmen in der Gegenwart und der Perspektive herzustellen. In China will man beispielsweise durch den Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen Stadt und Land einen Beitrag zu »Harmonischen Gesellschaft« leisten. Deshalb hat man die Bauern von allen Steuern befreit und die Gutverdienenden in den Städten einem höheren Steuersatz unterworfen. Das ist aber nur ein Schritt. Wenn jeder eine ausreichende Krankenversicherung hätte, wäre eine Etappe bewältigt. Man darf keine Wunder erwarten. Entscheidend ist, daß man einzelne Maßnahmen als Teil eines Weges zu einer besseren Gesellschaft begreift. Dann wird man die Zustimmung der ganz großen Mehrheit in der Bevölkerung finden.

Das Gespräch führte Dr. Pham Nguyen



»Gegen die Inflation kann man sich im Kollektivvertrag schützen. Man kann zum Beispiel vereinbaren, daß die Löhne nach oben angepaßt werden, wenn die Inflation fünf Prozent überschritten hat. (...) Dies sollte man im übrigen auch mit dem Mindestlohn in Vietnam machen, der in viel zu großen Abständen angepaßt wird.«

Kuba buche ich hier:

Die billigsten Kuba-Flüge, günstige Mietwagen auf Kuba, alle Hotels auf Kuba, Rundreisen durch Kuba, Tickethinterlegung für Ihren kubanischen Gast u. v. m.

www.kubaflüge.de

Alle wichtigen Informationen zu Kuba:
www.kubaforum.com

Willkommen im Kubaforum von Habanero